

Fabian Wagner

Rechtsextremismus als kulturelle Bewegung

Veranstaltungsbericht

Die NPD bietet Hausaufgabenbetreuung an, tritt als Anwalt der „kleinen Leute“ auf. Nachbarschaftsvereine werden gezielt von Personen mit rechtsextremen Hintergrund unterwandert. In Lokalzeitungen wird auch schon mal bei einer Kandidatenvorstellung der „freundliche“ NPD-Kandidat von nebenan wohlwollend porträtiert, ohne dass das Thema Rechtsextremismus auch nur berührt wird. Besonders um Jugendliche bemühen sich Rechtsextreme und haben hier mit ihren „unpolitischen“ Angeboten Erfolg.

So hat in manchen Regionen Deutschlands eine rechte Jugendkultur erheblich an Boden gewonnen zu haben und ist hier zur Alltagskultur geworden.

In den Medien häufen sich zwar Berichte über die NPD und ihre parlamentarischen Aktivitäten, aber der schleichende Prozess einer kulturellen rechtsextremen Durchdringung des Alltages findet hier wenig Beachtung.

Ist der Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen?

Ist es dem Rechtsextremismus zum Teil gelungen so etwas wie eine kulturelle Hegemonie zu erlangen?

Vor allem um diese Fragen sollte es bei der Abendveranstaltung der *Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e. V.* am 22. Mai 2007 im Foyer des *Gallus-Theaters Frankfurt* gehen.

Auf dem Podium saß mit Bernd Wagner ein Vertreter der Praxis, der sich als Diplomkriminalist schon in der früheren DDR mit Rechtsextremismus auseinandergesetzt hat und als Leiter des *Zentrums Demokratischer Kultur* und Mitbegründer der *Initiative Exit* über ein großes Maß an Erfahrung im Umgang mit Rechtsextremismus verfügt. Mit Albert Scherr als zweitem Podiumsteilnehmer wurde diese praktische durch eine theoretische Ebene ergänzt. Scherr setzt sich seit 15 Jahren wissenschaftlich mit Rechtsextremismus und den Möglichkeiten von Bildungsarbeit und pädagogischen Interventionen, ihm zu begegnen, auseinander. Moderiert wurde der Abend von der *Taz*-Journalistin Astrid Geisler, die in der Woche zuvor den Theodor-Wolff Preis 2007 für ihre Reportage „Das vergessene Land“ bekommen hat, in der es um den leisen Aufstieg von Rechtsextremen in Ostvorpommern geht.

In seinem Impulsreferat und der anschließenden Diskussion arbeitete Bernd Wagner heraus, dass in der Diskussion um Rechtsextremismus vor allem zwei Positionen vertreten würden, die aber beide der Wirklichkeit nicht gerecht würden. Zum einen wird gesagt, dass „das alles“ nicht so schlimm sei und man doch einfach mal ins Ausland schauen soll, denn dort gebe es größere Probleme mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Auf der anderen Seite stehen die Leute, die im deutschen Rechtsextremismus eine starke Bedrohung der Demokratie sehen, gegen den – gerade wegen der besonderen deutschen Geschichte – unbedingt etwas getan werden müsse.

Wagner selbst sieht es so, dass auf alle Fälle gegen Rechtsextremismus vorgegangen werden muss, insbesondere, wenn berücksichtigt wird, wie sich der Nationalismus in Osteuropa ausbreitet. Bei den Rechtsextremen in Deutschland beobachtet er eine Strategie, die besonders auf eine kulturelle und geistige Verbreitung setzt. Dabei wird nicht nur auf Wahlen und Wahlerfolge geschaut, sondern gezielt versucht, mit weitergehenden Angeboten größere Teile der Bevölkerung zu erreichen, die an direkter politischer Propaganda erstmal kein Interesse haben.

Da es in Ostdeutschland keine 68er-Bewegung gegeben hat, ist – so Wagner – der Rechtsextremismus dort verbreiteter und öffentlicher als im Westen, wo vor allem der rechte Rand mehr in die traditionelle Parteienlandschaft integriert ist. Deswegen sei der Rechtsextremismus im Westen eher auf kleine Gruppen und politische Strukturen begrenzt, während er im Osten hingegen von Anfang an auch eine Jugendbewegung und Jugendkultur ist. Der Rechtsextremismus bietet dabei den Jugendlichen eine über politische Doktrinen hinausgehende Weltanschauung, die ihnen auch eine alltagspraktische Lebensorientierung gibt.

Scherr knüpfte an Wagners These von den zwei Positionen in der Debatte um Rechtsextremismus an und sieht insbesondere bei der zweiten Position, die häufig von PolitikerInnen eingenommen wird, die Gefahr, dass mit Sonderprogrammen nur punktuell reagiert wird. Der Kampf gegen Rechtsextremismus müsse aber auf dauerhafte Aktivitäten setzen, die die zentralen Institutionen wie Schulen, Gewerkschaften u.ä. erreichen.

In seinem Eingangsstatement und in der Diskussion stellte Scherr fest, dass die heutige Form in der der Rechtsextremismus auftritt, zwar vielfach neu sei, die Inhalte aber die alten sind und dass er mit seinen Vorstellungen dabei an entsprechenden Bedingungen in der Gesellschaft anknüpfen kann. Trotzdem ist für Scherr die These, dass der Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei, nicht haltbar. Das belegte er u.a. an der Verankerung des Rechtsextremismus in den verschiedenen sozialen Milieus. Auffällig ist für ihn auch, dass die unteren Milieus nicht mehr die Stütze der linken „Revolutionsbewegung“ sind, sondern eher zum Rechtsextremismus neigen.

An Hand von Beispielen aus der ALLBUS Umfrage verdeutlichte er, wie schwierig es ist, empirische Aussagen über rechtsextreme Einstellungen zu machen. So gibt es einen hohen Anteil von Leuten, die endlich einen Schlussstrich unter die deutsche NS-Vergangenheit ziehen wollen oder die stolz sind, Deutscher zu sein; dennoch sind nicht all diese Leute gleich als rechtsextrem einzustufen. Ebenso lässt sich die strikte Aufteilung in „rechts“ und „links“ nicht immer aufrecht halten, was er am Beispiel der Einstellung gegenüber Israel deutlich machte.

Gegenüber Nichtdeutschen gäbe es im Rechtsextremismus eine Hierarchisierung der Ablehnung. So ständen an der Spitze der Ablehnung Asylbewerber, gefolgt von Türken und erst später Italienern. Neu sei im Rechtsextremismus zudem die Übernahme von Programmatiken, Verhalten und Symbolen der Linken.

Abschließend kritisierte Scherr, dass heute kaum noch Jugendarbeit für HauptschülerInnen und Auszubildende stattfindet, was besonders auch deswegen falsch sei, da der Kampf gegen den Rechtsextremismus in der Gesellschaft nur über Jugendarbeit geführt werden kann. Verbote und strengere Verfolgung seien demgegenüber vielfach wirkungslos, da sich die Rechtsextremen von Repressionen eher bestätigt fühlen und davon scheinbar profitieren.

In der anschließenden Debatte ging es vor allem um die Frage des Umgangs mit Rechtsextremismus. So fand ein Teil des Publikums, dass das Demonstrationsrecht verschärft werden müsste, um den Rechtsextremen Einhalt zu gebieten. Dieser Forderung widersprachen die beiden Referenten vehement, da für sie die Aushöhlung des Demonstrationsrechts viel mehr Gefahren in sich berge und dies zudem den Rechten in die Hände spielen würde. Die Demokratie müsste ihre eigenen Mittel entwickeln und trotz der Angst, die manche Menschen wegen der rechtsextremen Aufmärsche haben, sei es wichtig, dass an der Essenz des demokratischen Staates, zu dem die Organisations- und Demonstrationsfreiheit gehören, festgehalten werde. Wagner stellte zu dem noch heraus, dass eigentlich jeder Tag in Ostvorpommern eine Demonstration der Rechtsextremen ist.

Scherr sieht vor allem die Schulen und LehrerInnen in der Pflicht, durch eine Antirassismus-Arbeit den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Deshalb müsste für die Schule als zentrale gesellschaftliche Institution, das Lernen von Demokratie und Menschenrechten eine Grundlage ihrer alltäglichen Arbeit sein. Bemängelt wurde dabei aus dem Publikum, dass an vielen

Schulen das Thema Antirassismus-Arbeit als zu heikel angesehen wird und diese deshalb oft kaum noch stattfinden.

Einig war man sich an diesem Abend über die Notwendigkeit einer Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen gegen Rechtsextremismus. In diesem Zusammenhang verwies Scherr zum Abschluss noch darauf, dass das neue Bundesprogramm zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nur punktuell erfolgreich sein kann, und leider nicht das Problem in seiner Gesamtheit bekämpft.